

**Antrag 114/II/2024****KDV Friedrichshain-Kreuzberg****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Verringerung von Angsträumen und Erhöhung der Sicherheit im öffentlichen Personennahverkehr**

- 1 • Der Senat wird aufgefordert, sich weiterhin, insbe-  
2 sondere im Rahmen der Erarbeitung einer Landes-  
3 strategie für queere Sicherheit, für die Verringerung  
4 von Angsträumen und die Erhöhung der Sicherheit  
5 für alle Menschen im öffentlichen Nahverkehr ein-  
6 zusetzen und die Budgets dafür zu erhöhen.
- 7 • Dabei ist darauf zu achten, dass ein ganzheitlicher  
8 Ansatz verfolgt wird, der nicht nur auf die Ahndung  
9 von Straftaten ausgerichtet ist, sondern auch al-  
10 le sozialen, gesundheitlichen und psychologischen  
11 Unterstützungsangebote bereithält, um langfristig  
12 nachhaltige Lösungen zu schaffen.
- 13 • Insbesondere an Haltestellen des S- und U-  
14 Bahnverkehrs, die in oder in der Nähe von krimi-  
15 nellen Schwerpunktorten liegen, sind mit einer  
16 ständigen Präsenz von Polizei und Sicherheitskräf-  
17 ten auszustatten.
- 18 • Das hierbei eingesetzte Personal soll gesondert ge-  
19 schult und sensibilisiert werden für die besonderen  
20 Anforderungen (z.B. Verhinderung von Racial Profil-  
21 ing u.a.) die es an diesen Orten gibt.
- 22 • Personal soll insbesondere während der Hauptbe-  
23 tribszeiten, also sowohl zu Zeiten des morgendli-  
24 chen und nachmittäglichen Berufsverkehrs als auch  
25 zu Zeiten des abendlichen Ausgehverkehrs, einge-  
26 setzt werden, sodass die Nutzung der Bahnhöfe in-  
27 inklusive der Zugangswege als auch das Warten auf  
28 einen Zug ohne Angst und Übergriffe erfolgen kann.  
29 Insbesondere auch die Zugänge zu diesen Bahnhö-  
30 fen müssen ständig darauf kontrolliert werden, da-  
31 mit Fahrgäste diese Wege ohne Behinderung oder  
32 Bedrohung nutzen können.

33  
34

**Begründung**

36 Die Möglichkeit, sich in Berlin von A nach B mit dem ÖPNV  
37 angstfrei bewegen zu können, gehört zu den Grundbe-  
38 dürfnissen von Menschen in Berlin. Wir müssen dafür Sor-  
39 ge tragen, dass alle Menschen den ÖPNV in Berlin ohne  
40 Angst vor Übergriffen nutzen können und stets ein aus-  
41 reichendes Sicherheitsgefühl haben. Dies gilt umso mehr  
42 auch für sichtbar queere Menschen, die sich zunehmend  
43 Übergriffen ausgesetzt sehen.